

Die Zukunft der Kirchen angesichts der Säkularisierung

Disruptive Zeiten

Der Glaube ist als Option diagnostiziert, europäische Christen müssen sich als Minderheit neu definieren. Ganz neu? Tatsächlich findet sich der Minderheitenstatus in der DNA des Christentums. Neu lernen müssen die Kirchen alte Tugenden wie Konfliktkompetenz, Kontextualisierung, Ambiguitätstoleranz und Subsidiarität. VON HELMUT ZANDER

Geschenkt: Es ist alles gesagt zur Säkularisierung. Die Orientierungsprobleme sind groß und die Rezeptbücher der Gegenmittel voll. Deshalb muss es darum gehen, relevante Optionen ins Wachbewusstsein zu rufen. Der Ausgangspunkt ist ein Wort, das wir in den letzten Jahren gelernt haben: Disruption. Es gibt einen nie zuvor gesehenen Bruch in der Religionsgeschichte: Religion ist jetzt eine Option (Charles Taylor, vgl. HK Januar 2016, 22–24), keine Selbstverständlichkeit mehr, kein Zwang, sondern eine Entscheidung für einen Glauben oder eine religiöse Gemeinschaft.

Für diese Optionalisierung gibt es vor allem drei Gründe (vgl. HK, Januar 2023, 36–39): Die effektive Durchsetzung der Religionsfreiheit mit einem weitgehenden Kontrollverlust von Staat und Kirchen über Religion; sodann die Übernahme traditioneller Aufgaben der Religion durch den Wohlfahrtsstaat (statt Seelsorge gibt es jetzt Psychologie, statt karitativer Fürsorge soziale Sicherungssysteme); drittens Freiheit durch Bildung: Wer mehr weiß, kann sich mit guten Gründen für, aber eben auch gegen Religion entscheiden. Dadurch wird Religion weitgehend auf ihren Kerngehalt reduziert, auf den Transzendenzbezug und ihre Funktion, Dienstleisterin für das Außeralltägliche zu sein. Dies ist nicht wenig, jedenfalls ein Fundament, warum so viele Menschen in der Kirche bleiben und nicht noch mehr die Exit-Option ziehen. Die Konsequenzen im Kielwasser dieser Säkularisierung kann indes jeder religionssoziologisch Interessierte herunterleiern:

Kirchenaustritte, Zusammenbruch der klassischen Pfarrestruktur, Frustration unter Hochengagierten ...

Und mitten in diese Apokalypse sind auf leisen Sohlen die religiös Indifferenten eingetreten, um innert weniger Jahre zur zahlenstärksten „Gemeinschaft“ in der Religionsstatistik aufzusteigen. Ihre Karriere lässt kämpferische Atheisten wie Fossilien erscheinen, denen der Kirchenkampf abhandengekommen ist. Denn die Indifferenten finden Religion gut – jedenfalls für die Religiösen –, und sie leisten sich eine entspannte Haltung, weil ihnen „nichts fehlt, wo Gott fehlt“ (Jan Löffeld, vgl. HK, Februar 2024, 29–31; Oktober 2024, 46–49).

Bittersüßer Machtverlust

Die Basiseinsicht: Christinnen und Christen müssen einen mentalen Paradigmenwechsel vollziehen und verinnerlichen, dass sie in Europa eine Minderheit bilden oder auf dem Weg dahin sind. Das war gut 1000 Jahre anders. Die Folge: der Verlust der politischen und die Reduktion der kulturellen Hegemonie. Dieser Machtverlust ist bitter, weil die Mitgestaltung der Gesellschaft schwieriger wird und die kulturelle Privilegierung wegfällt.

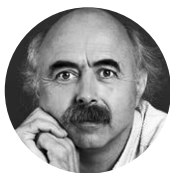
Andererseits ist er süß, weil wechselseitige Verpflichtungen von Staat und Kirche und die Kontrolle von Religion durch den Staat zurückgehen. Dabei kommt dem Christentum zugute – anders als etwa dem Islam –, dass die Existenz als Minderheit zu seiner DNA gehört. Die Selbstorganisation in Distanz oder gegen den Staat gehört zu seinen Geburtswehen, die Geschichte

des Christentums begann am Rand des religiösen Establishments. Deshalb hat man sich vereinsartig organisiert, und in der Folge sind zivilgesellschaftliche Organisationen entstanden, die zu einem Kennzeichen moderner Gesellschaften wurden – auch wenn man deren auch christliche Wurzeln oft gar nicht mehr kennt.

Antagonismus von Liberalen und Konservativen

Dieses minorisierte Christentum braucht eine Kultur innerkirchlicher Gegnerschaft (nicht: Feindschaft), es braucht den Antagonismus von Liberalen und Konservativen (um sie der Einfachheit halber so zu nennen). Kirchen benötigen interne Auseinandersetzungen, weil so Anpassungen an veränderte gesellschaftliche Verhältnisse möglich sind. Diese Gegnerschaft wird oft als Schwarz-Weiß-Konflikt orchestriert, in dem Kompromisse als Niederlagen gelten. Hingegen ist wertzuschätzen, dass beide Lungenflügel unersetzbare Funktionen besitzen: Konservative sind Gatekeeper der Identität, verweisen auf das Unaufgebbare und bewachen die Grenzen. Liberale hingegen wissen, dass das Unaufgebbare nie „rein“ zu haben ist und Grenzen immer neu auszuhandeln sind (vgl. HK, Dezember 2025, 19–22). Dabei drohen je spezifische Gefährdungen: Konservativen das Getto, Liberalen die Auflösung in die Kultur.

Das bedeutet: Den Profit der Pluralität gibt es nur, wenn man die Spannung zwischen den Extremen der (konservativen) Ewiggestrigen und den (liberalen) Traditionsvergessenen nicht nur



Helmut Zander

wurde 1957 geboren und war von 2011 bis 2024 Inhaber der Professur für Vergleichende Religionsgeschichte und Interreligiösen Dialog an der Universität Freiburg in der Schweiz. Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und katholischen Theologie, Promotionen in Politikwissenschaft und Theologie, Habilitation im Fach Wissenschaftsgeschichte.

Foto: Hans Schafgans

aushält, sondern, mehr noch, sie sucht. Diese Spannungsmoderation muss eine zentrale Aufgabe des Bischofs als Pontifex, also wörtlich: als Brückenbauer, sein. Wenn es zur Spaltung kommt, haben auch Pfarrer und Bischof versagt – und im Rahmen der katholischen Organisationslogik heißt das: vor allem diese beiden. Konflikte sind eine Produktivkraft für die innerkirchliche Stabilität. Das zeigen Untersuchungen in den USA, wonach sich unter den ultraliberalen Unitariern viele frustrierte ex-ultrareligiöse Evangelikale finden – und natürlich gilt das auch umgekehrt. Das bedeutet: Pluralität ist nicht nur ein „Problem“ für die Einheit, sondern auch ein Stabilisator kirchlicher Milieus. Die Kirchen sollten also weniger die Einheit als vielmehr Konfliktkompetenz suchen. Liberale und Konservative müssen begreifen, dass sie aufeinander angewiesen sind.

Posttraditionalität: Wahrheit in Kontexten

Der Begriff „Posttraditionalität“ klingt nach Soziologenchinesisch, meint aber etwas Einfaches und brutal Disruptives: Die Zeit, in der eine Tradition unhinterfragt galt, in der das Alte zugleich das Wahre war und man absolute Wahrheiten jenseits von Raum und Zeit in der Gesellschaft landen ließ, ist vorbei. Namentlich hinsichtlich der konkreten Fragen, welche die wahre Religion und die wahre Ethik sei. Posttraditionalität bedeutet demgegenüber, dass es Wahrheit nur in Kontexten gibt.

Damit betritt ein Angstgegner den Raum, der seit dem 19. Jahrhundert den Namen „Relativismus“ führt. Aber die Einsicht in die Relativität jeder Kultur ist unter dem Stichwort der Kontextualität inmitten der Kirche angekommen. Im Zwischenbericht der Weltsynode wird von der „Studiengruppe 9“ eine Praxis „in kontextueller Treue zum Evangelium Jesu“ (in contextual fidelity to the Gospel of Jesus) gefordert, genauso wie der Abschied von „Lösungen, die auf alle Fälle anwendbar sind“, es sollen „vielmehr Referenzkriterien“ angeboten werden (no „solutions that apply to all cases, but rather to offer reference criteria“). Natürlich beeilt sich der Synodentext, hinzuzufügen, dass Jesus Christus der gleiche gestern und heute und in Ewigkeit sei, aber zugleich steht eben in dem Text, dass diese ewige Wahrheit nur in den Grenzen „kontextueller Treue“ zu haben sei.

Nun hat die philosophische Theologie die Kontextualität von Wahrheit durchgängig reflektiert. Aber wie so oft geht es in entscheidenden Fragen nicht darum, ob etwas gesagt wird, sondern welchen Stellenwert es erhält. Für den Synodenbericht jedenfalls gehört die Überzeugung, dass „das Evangelium Jesu“ in unterschiedlichen Zeiten und Ländern und Kulturen unterschiedliche Positionen und Folgen zeitigen kann, ins Fundament.

Diese Kontextualität ist nichts für Feiglinge. Das dokumentiert ein Beispiel aus dem Erbe des Papstes *Franziskus*: Afrikanische Bischöfe lehnen die Segnung Homosexueller ab, europäische führen genau solche Segnungen durch. Damit ist die katholische Kirche einer Zerreißprobe ausgesetzt, der gegenüber die Auseinandersetzung um die Piusbrüder wie ein Abenteuerspielplatz wirkt. Aber wir müssen lernen, diese Optionalität einer posttraditionalen Gesellschaft auszuhalten, nicht nur zwischen Kontinenten, sondern auch innerhalb der Ortskirchen. Denn „die Wirklichkeit ist wichtiger als die Idee“, so Franziskus.

Schließlich befindet sich im Gepäck der Posttraditionalität noch ein blinder Passagier: das Ende vieler Redeverbote. Weiheämter für Frauen, Genderfragen, regionale Ethiken in der Kirche ...: Wer sich innerkatholisch auskennt, weiß, dass man seine wissenschaftliche Karriere mit einer „falschen“ Position in diesen Fragen im Handumdrehen beenden konnte, Stichwort: „(nihil) obstat“ – und man deshalb am besten gar nicht über derartige Themen sprach. Aber diese ruinöse Cancel-Culture scheint in eine glückliche Krise gekommen zu sein – auch mit der Weltsynode.

Kisuheli für den Durchschnittskölner

Das Überlebenspaket des Christentums ist die Gemeinde und ihr Gottesdienst. Und hier herrscht Krisenstimmung. Ein Grund ist das Erfolgsrezept „Institution“, das man wieder anzuwenden sucht. Jeder, der die zentralistische Schaffung neuer Seelsorgebereiche mit nur sekundärer Beteiligung der Gläubigen miterlebt, kann davon ein Lied singen. Subsidiarität – die Elementareinsicht der katholischen Soziallehre – scheint mancherorts so fremd zu sein wie Kenntnisse in Kisuheli für den Durchschnittskölner. Und dabei kann jeder wissen, dass die Vergrößerung einer Pfarrei zu einem „Sendungsraum“ oder einer anderen „Raumschaft“ einen Verlust von Nähe bedeutet und Mitglieder kostet.

Nun geht es allerdings nicht ohne Institutionen. Die soziologischen Daten dokumentieren für die „freie“ Religiosität eine beträchtliche Instabilität und alles andere als blühende Landschaften. Vermutlich nimmt bei einer schwachen Institutionalisierung von Generation zu Generation die Praxis ab. Deshalb bleibt eine Institutionalisierung weiterhin sinnvoll, nicht aber eine, die zu viele Bedürfnisse vor Ort einem Kirchensystem opfert. Bei der Liturgie hakt es gleichfalls: Das Standardmodell der Messe ist zu stark orientiert an der monastischen Tradition, zu textlastig, zu kognitiv, zu wenig emotional, zu sehr auf liturgisch gut trainierte Katholiken und Katholikinnen ausgerichtet, ein kognitiver Overkill: zwei bis drei

Lesungen, ein Psalm, dazu noch eine Predigt. Und dann geht es noch in die spätantike Philosophie – im Credo. Die Sonntagsmesse ist ein Tresor für Initiierte, aber in der Regel keine Einladung für Neugierige.

Ein Kollateralschaden betrifft diejenigen, die noch die Mehrheit bilden, die „Volkskirchlichen“: Menschen mit einer Teilidentifikation, Weihnachtschristen oder solche, die irgendwie von der Kirche nicht lassen wollen. Wir unterschätzen sie konstant. Aber sie zeigen sich etwa, wenn sich in Ostdeutschland Menschen für den Erhalt von Dorfkirchen einsetzen, ohne religiös oder gar kirchlich zu sein, weil die Kirchen irgendwo zwischen Identität, Brauchtum und religiösem Gefühl wichtig sind. Oder wenn 2023 in Düsseldorf ein Bürgerbegehren zur Streichung von Zuschüssen für den Kirchentag, lanciert von Kirchenkritikern, krachend scheitert. Oder wenn die soziale Arbeit der Kirchen immer wieder Bestnoten erhält.

Aus all dem kann man lernen: Diesen Menschen, die nicht dem theologischen Ideal der Hyperentschiedenen entsprechen, ist Kirche „irgendwie“ wichtig. Und nebenbei: Sie halten mit ihrer Kirchensteuer die Kirche finanziell über Wasser. Aber die Gemeindereform setzt zu oft auf die Hundertprozentigen. Natürlich werden diese Überzeugten benötigt, um die Leistungen für die „Volkskirchlichen“ und die Gesellschaft erbringen zu können – aber die Kirche der total Entschiedenen bildet ein manichäisches Getto.

Einfache Lösungen für die Praxis gibt es nicht, aber Überlegungen durchaus. Erstens: einfachere, niedrigschwellige Angebote. Der Islam und das evangelikale Christentum machen uns vor, wie produktiv es sein kann, sich auf wenige und einfache Positionen zu beschränken. Oder frei nach Frère Roger, dem Gründer von Taizé: Lebe, was du begriffen hast. Für die Kirche bedeutet das, Menschen zu begleiten und ihnen nur selten etwas zu verbieten. Deshalb sollten Theologinnen und Theologen wie andere Hirten der Herde oft hinterhergehen und selten voranschreiten.

Zweitens: Von charismatischen Christen muss man lernen, dass das Herz religiöser Praxis nicht in der intellektuellen Re-

flexion schlägt, sondern in Emotionen. Um hier keine falschen Fronten entstehen zu lassen: Die rationale Rechenschaft, nicht zuletzt durch die Theologie, gehört ins Rückgrat des Christentums. Aber es soll doch niemand glauben, dass allzu viele Menschen aufgrund einer anti-subordinatianistischen Trinitätstheologie zum Glauben an die Liebe Gottes kommen. Ein charismatisches „Night Fever“ oder das tridentinische Hochamt funktionieren letztlich, weil sie mehr bieten als Theologie.

Der Prozess der Emanzipation der Frau im patriarchalen Lateineuropa währt nun schon zwei Jahrtausende: teils (und vermutlich in unterschätztem Ausmaß) ermöglicht, teils behindert durch das Christentum. Man begreift das

dramatische Ausmaß dieser Transformation ganz gut im Blick auf die historische Grammatik. Da zieht Jesus mit Frauen und Männern durch Galiläa, ein ziemlich außergewöhnliches Verhalten (während, nebenbei gesagt, für die Gruppe der zwölf Apostel, deren Namen man nicht einmal genau kennt, eine symbolische Rolle bleibt). Bei Paulus leiten Frauen Gemeinden und wirken als Apostel. Das kirchliche Eherecht beendet die männliche Vormundschaft über die Frauen, indem es den persönlichen Ehekonsens zur Bedingung macht, durch die nur ihr Ja ein Ja ist. Im Mittelalter regierten die Vorsteherinnen in Fontevault das größte Doppelkloster Europas; die Äbtissin des Stiftes Essen befahl eine Armee.

Aber das 19. Jahrhundert war für die katholischen Frauen eine Katastrophe, weil es nicht nur blühende Frauenorden, sondern auch eine Maskulinisierung der Kirche gab – die eigenständigen Kanonsensinstifte etwa verschwanden. Die katholische Kirche reagierte auf die Verheerungen durch die Französische Revolution – Zerschlagung der Strukturen, zehntausende von Toten – durch die Konstruktion einer Wagenburg und machte Stabilität zur Droge. Aber inzwischen liegen die Fragen wieder auf dem Tisch: vom Frauenpriestertum (retardierend, Papst Johannes Paul II. hatte die Debatte darüber – erfolglos – für beendet erklärt) über die Öffnung leitender Funktionen

in Bistumsverwaltungen und Kurie für Frauen bis zu den ausgesprochen eigenständig agierenden „geweihten Jungfrauen“ oder den in Wohngemeinschaften nach der Spiritualität des Ignatius von Loyola jesuitengleich lebenden Frauen der Congregatio Jesu. Diese Emanzipation ist theologisch in wichtigen Teilen schlicht christliches Erbe, soziologisch gilt die Victor Hugo zugeschriebene Einsicht: „Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Weniger prosaisch: Wenn die Kirche die theologische Emanzipation der Frau nicht durchsetzt, muss sie eine Kirche ohne die meisten Frauen sein.

In einer Periode sich überschlagender Veränderungen nach mehr Experimenten zu rufen, klingt suizidal. Aber

die Wahrheit ist: Die Veränderungen, denen man ausweichen wollte, kommen unausweichlich auf die Kirche zu. Da in einer posttraditionalen Gesellschaft die Erfahrungen der Vergangenheit nicht mehr reichen, benötigt man eine Risikokultur. Denn für die

Religion als Option besitzt niemand verlässliches Zukunftswissen. Alles, was gerade in der Kirche kontrovers diskutiert wird, gehört ins Experimentallabor, weil die Folgenabschätzung vom dogmatischen Schreibtisch aus immer weniger funktioniert.

Zur Umsetzung benötigt man neue Verfahren, zumindest drei: Großzügigere Prinzipien und weniger kleinteilige Kasuistik, wenn man Konsens sucht und die Kirchenlehre formuliert. Sodann Ambiguitätstoleranz, denn unterschiedliche regionale Kontexte benötigen unterschiedliche Regeln – vom Umgang mit Homosexualität bis zum Zölibat. Wie viel interne Pluralität eine kirchliche Institution aushält, bleibt eine brisante Frage. Aber die Diskussionen darüber erst gar nicht zu führen, klingt nicht nur suizidal, sondern ist es. Schließlich: Strafandrohungen herunterfahren. Nicht nur, weil eine Sanktionierung „devianten“ Verhaltens ein stumpfes Schwert geworden ist, sondern mehr noch, weil wir mehr Pluralität brauchen – und vor allem: weil diese Pluralität konstitutiver Teil unserer eigenen Theologie und Geschichte ist. ■

„Die Kirchen sollten also weniger die Einheit als vielmehr Konfliktkompetenz suchen.“